

Nr. 01 / 28. Januar 2010

Kurz und bündig

## Das Wichtigste zur Finanztransaktionssteuer

- Im Unterschied zur Tobinsteuer sollen bei der FTS nicht nur Devisengeschäfte, sondern auch der Handel mit Aktien, Anleihen, Wertpapieren und Derivaten besteuert werden.
- Eine FTS würde den kurzfristig spekulativen Handel stark verteuern. Langfristige Anlagen und Kurssicherungsgeschäfte würden dagegen kaum belastet.
- Obamas Vorschlag einer Bankenabgabe ist unzureichend. Die Abgabe setzt nicht an den einzelnen giftigen Finanzmarktgeschäften an, verteuert diese nicht und macht sie dadurch nicht unattraktiver.
- Es liegen Berechnungen mit Steuersätzen von 0,1 Prozent, 0,05 Prozent und 0,01 Prozent vor. Tatsächlich muss der Steuersatz gar nicht so hoch sein, wenn die Bemessungsgrundlage der FTS breit ist und daher höhere Einnahmen entstehen.
- Selbst bei einem relativ geringen Steuersatz von nur 0,05 Prozent würde die FTS dem deutschen Fiskus Einnahmen in Höhe von 1,61 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bescheren.
- Die FTS muss nicht global eingeführt werden. Die EU kann die FTS auch allein einführen. Es reicht sogar hin, wenn nur Deutschland und Großbritannien die FTS einführen; denn 99 Prozent der Börsentransaktionen in der EU werden in diesen beiden Ländern durchgeführt.

**Autorin:**  
Dr. Margit Köppen

## Finanztransaktionssteuer Wann, wenn nicht jetzt?

Seit dem Ausbruch der jüngsten Weltfinanzkrise ist das Interesse an der Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS) stark gewachsen. In Europa findet sie inzwischen einigen Rückhalt, nicht nur in Frankreich, Belgien und Österreich. In Großbritannien hat sich Premierminister Gordon Brown, zumindest verbal, hinter das Konzept gestellt. In Deutschland jedoch distanziert sich die Regierungskoalition immer mehr von der FTS, für die sich Angela Merkel noch vor kurzem stark gemacht hat. Um so wichtiger ist es jetzt, die ersten Anstrengungen für die Steuer nicht im Sande verlaufen zu lassen. Darum hat sich die IG Metall an verschiedenen Bündnissen durch Durchsetzung der Finanztransaktionssteuer beteiligt. In diesen Wirtschaftspolitischen Informationen skizzieren wir auch das Konzept einer solchen Steuer, die – in Weiterentwicklung der Tobin Tax – auf sämtliche Transaktionen mit Finanztiteln erhoben werden soll.

### 1. *Finanztransaktionssteuer erstmalis realistische politische Option*

Seit vielen Jahren schon verlangt die IG Metall die Einführung einer **Finanztransaktionssteuer (FTS)**. Im Antrag 202 zum 19. ordentlichen Gewerkschaftstag 1999 forderte die Verwaltungsstelle Weilheim: „Diskreditierung von Finanz- und Spekulationskapital durch Einführung z.B. von Tobin-Steuern und Verhinderung der Steuerflucht...“ Damals waren wir - zusammen mit wenigen vorausschauenden Wirtschaftswissenschaftlern - absolut in der Minderheit.

Das hat sich durch die Finanzkrise geändert. Immer mehr Wirtschaftswissenschaftler und Politiker unterstützen jetzt die Forderungen, die früher nur von Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Gewerkschaften erhoben wurden.

Der letzte G20-Gipfel in London hat den Internationalen Währungsfonds (IWF) damit beauftragt, bis zum Frühjahr 2010 Vorschläge zur Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krisenbewältigung vorzulegen. Dazu sind verschiedene Mittel denkbar. Die Finanztransaktionssteuer gehört - zusammen mit einer Versicherung der Banken gegen systemische Risiken - zu den besonders dringenden Maßnahmen. Eine FTS würde die Banken nicht nur an den Kosten der Krise beteiligen, sondern auch das Risiko einer erneuten Krise verringern helfen. Im IWF selbst trifft die FTS leider nicht auf große Sympathie. Mit verschiedenen Online-Aktionen bekunden NRO und Gewerkschaften derzeit beim IWF ihre Sympathie für die FTS.

Auch die Regierungschefs der EU haben den IWF im Dezember noch einmal explizit aufgefordert, das gesamte Spektrum der Möglichkeiten einschließlich einer FTS zu prüfen.



Das belgische und das französische Parlament haben einen sogenannten Vorratsbeschluss gefällt, in dem sie sich verpflichten, die Steuer einzuführen, wenn dies europaweit geschieht. Das ist das Mindeste, was wir auch in Deutschland brauchen. Aber hierzulande ist das Projekt FTS noch lange nicht in trockenen Tüchern.

Im Dezember 2009 beschäftigte sich der Deutsche Bundestag in einer aktuellen Stunde mit der FTS. In den Parteien verlaufen die Fronten derzeit folgendermaßen: SPD, Die Linke und Bündnis 90 / Die Grünen forderten die Bundesregierung auf, sich für eine europaweite Einführung der FTS einzusetzen. Auch Bundeskanzlerin Merkel hat sich seit längerem für die FTS ausgesprochen und sie steht sogar in der Regierungserklärung. Aber schon jetzt rudert die Bundesregierung zurück. Manche CDU- und FDP-Politiker lehnen die FTS ganz ab. Andere wollen die Steuer nur unterstützen, wenn sie weltweit eingeführt wird.

Das ist allerdings immer noch schwierig. In den USA wurde die Börsenumsatzsteuer bereits 1966 abgeschafft und die US-Regierung hat die Einführung einer FTS bisher abgelehnt. Zwar hat die FTS im US-Repräsentantenhaus einige Befürworter, aber insbesondere Finanzminister Geithner lässt sich von der Bankenlobby leiten und hat die FTS abgelehnt.

Die Bankenabgabe, die Präsident Obama im Januar 2010 angekündigt hat, soll zwar ebenfalls die Banken mit 90 Milliarden Dollar zur Kasse bitten, aber sie ist unzureichend und keinesfalls ein Ersatz für eine Finanztransaktionssteuer (siehe unten).

Zu Recht warfen Oppositionspolitiker der Bundesregierung in der Bundestagsdebatte vor, dass sie sich „hinter der Welt versteckt“ und keine eigenen Aktivitäten entwickelt.

## 2. IG Metall bei Kampagnen dabei

### 2.1. Steuer gegen Armut

In der Tat droht die Gefahr, dass die Bundesregierung es bei Lippenbekenntnissen belässt und den historischen Moment nach der Finanzkrise verstreichen lässt. Jetzt geht es darum, die ersten Anstrengungen für die Steuer nicht im Sande verlaufen zu lassen. Darum hat sich die IG Metall an verschiedenen Bündnissen zur Durchsetzung der Finanztransaktionssteuer beteiligt.

In Deutschland hat ein breites Bündnis, das Attac und viele andere NRO, DGB und Einzelgewerkschaften und die katholische Kirche umfasst, Ende 2010 eine Online-Petition für die „**Steuer gegen Armut**“ gestartet.

Nach dem Motto: „Wir zahlen nicht für eure Krise, die Zocker sollen zahlen“ geht es darum, diejenigen, die sich auf den Finanzmärkten eine goldene Nase verdienen, durch eine Besteuerung der Geschäfte auf diesen Märkten für die Begleichung der Kosten der

Krise heranzuziehen. Gleichzeitig sollen damit die Mittel aufgebracht werden, die für die Bekämpfung des Hungers auf der Welt und für das Erreichen der Millenniumsziele gebraucht werden.

Die Kampagne war ein voller Erfolg! Innerhalb von drei Wochen brachte diese Aktion 50.000 Unterschriften zusammen, um eine öffentliche Anhörung im Bundestag zu erreichen. Noch vor Ostern 2010 wird sich der Finanzausschuss des Bundestags öffentlich mit dem Thema befassen.

### 2.2. Kampagne

#### „Das globale Finanzwesen regulieren“

Auf europäischer Ebene haben sich DGB und IG Metall der **Kampagne „Regulate Global Finance Now!“** angeschlossen.

Darin haben europäische Parlamentarier, Gewerkschaften, NRO und Einzelpersonen gemeinsam zur Regulierung der Finanzmärkte aufgerufen.

#### Unser Aufruf zum Handeln:

#### Das globale Finanzwesen jetzt regulieren!

„Es ist an der Zeit, dass die Bürger in ganz Europa ihre Stimme erheben und fordern, die **eigentlichen Ursachen der Krise anzugehen**. Wir brauchen feste Regeln, um dem wahnwitzigen Treiben der Finanzjongleure ein Ende zu bereiten, und einen neuen Rahmen, der stärker das Gemeininteresse berücksichtigt. **Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität sollten als unsere wichtigsten globalen Werte angesehen werden**. Es ist dringend notwendig, dass wir das Niveau der Demokratie anheben und die Transparenz und Rechenschaftspflicht derjenigen Institutionen erhöhen, die sich mit der Regulierung und Aufsichtigung der Finanzmärkte befassen. **Wir wissen ganz genau, was für ein Finanzsystem wir wollen**, nämlich gut funktionierende und effiziente Finanzmärkte, die in der Lage sind, durch langfristige, umweltfreundliche und arbeitsplatzschaffende Investitionen einen Beitrag zur weltweiten Entwicklung zu leisten.“

Mit den Kampagnenslogans:

- Finanzmärkte dürfen uns nicht regieren!
- Heraus aus dem Schatten!
- Arbeitnehmer zuerst!
- Steuergerechtigkeit!
- Verantwortliches Bankgeschäft für Haushalte und Unternehmen!

soll das Thema „Finanzmarktregulierung“ aus der Expertenecke herausgeholt werden.

Die Homepage [www.europeansforfinancialreform.org](http://www.europeansforfinancialreform.org) soll im Februar auch in deutscher Sprache zur Verfügung stehen, so dass sich Metallerrinnen und Metaller der Kampagne persönlich anschließen und sich aktiv für bessere Finanzmarktregulierung einsetzen können.

Der „Aufruf zum Handeln“ umfasst auch die **Einführung einer Finanztransaktionssteuer:**

„Um der gegenwärtigen Krise Herr zu werden, haben Regierungen rund um den Globus die Volkswirtschaft und die Arbeitsplätze mit Steuergeldern stabilisiert und geschützt. Viele Bürger fragen sich: Wem wird



dafür die Rechnung präsentiert? Werden nur die Steuerzahler zur Kasse gebeten, oder werden die Finanzmärkte und die Investmentbanker ebenfalls dafür geradestehen und einen Teil der Lasten übernehmen? **Die Einführung einer Steuer für den Finanzsektor wäre nur gerecht.**

Außerdem würden dadurch die Einkünfte des Staates erhöht, die so dringend benötigt werden, um den Übergang zu integrativeren, gerechteren und umweltfreundlicheren Gesellschaften zu unterstützen. **Während rein spekulativen und gesellschaftlich nutzlosen Aktivitäten das Wasser abgegraben würde, erhielten die nachhaltigen und langfristigen Investitionen, die für die Ökologisierung unserer Volkswirtschaften gebraucht werden, durch eine Finanztransaktionssteuer den erforderlichen Schub.**

Schließlich ist auch eine globale Internet-Unterschriftenkampagne in Vorbereitung, die im Februar starten und bis zum nächsten G20-Gipfel in Toronto (24.-26. Juni) laufen soll.

### 3. Die Fakten zur Finanztransaktionssteuer

#### Finanztransaktionssteuer und Tobinsteuer. Was ist der Unterschied?

Der Wirtschaftswissenschaftler James Tobin machte seinen Vorschlag in den 1970er Jahren nach dem Zusammenbruch des Fixkurssystems von Bretton Woods. Die von ihm geforderte Steuer beschränkte sich auf den Austausch von Währungen. Sein Motiv: Flexible Wechselkurse und freier Kapitalverkehr haben bereits damals zu spekulativen Attacken auf Währungen geführt, was zu starken Schwankungen von Wechselkursen und Zinssätzen führte. Deshalb wollte Tobin „Sand in das wohl geschmierte Getriebe“ der internationalen Finanzmärkte streuen, um sie „zu entschleunigen“ und die Wechselkurse der Währungen wieder mit den realwirtschaftlichen Daten in Einklang zu bringen.

Die Finanztransaktionssteuer von heute trägt der Tatsache Rechnung, dass die Spekulation sich inzwischen auf alle Arten von Finanzmarktgeschäften erstreckt. Deshalb muss die Steuerbasis viel breiter sein und soll neben Devisengeschäften auch auf den Handel mit Aktien, Anleihen, Wertpapieren und Derivaten erhoben werden.

#### Warum brauchen wir die Finanztransaktionssteuer?

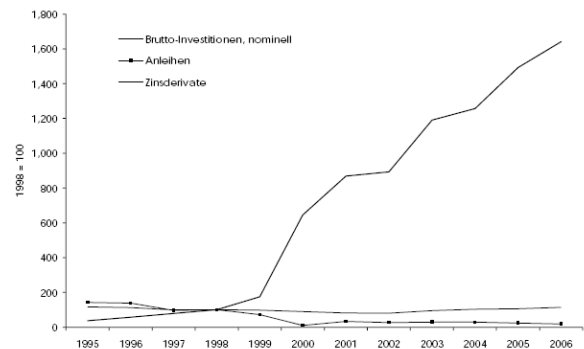
Kurzfristige Spekulation an den Finanzmärkten; Werten auf die Entwicklung von Zinsen, Wechselkursen, Aktien, Rohstoffpreisen und vieles mehr; immer komplexere Finanzprodukte sowie der exzessive Einsatz von Krediten haben zur größten Finanzkrise seit den 1920er Jahren geführt.

**Schon seit Monaten nimmt die Spekulation wieder zu.**

„Die nächste Spekulationsblase kommt bestimmt. ..Die Frage ist nicht ob, sondern wann und wo. Erwischt es wieder die Aktienmärkte, die eine kräftige Erholung der Konjunktur bereits eingepreist haben? Sind diesmal die Anleihenmärkte dran? Wieviel Spekulation steckt in den Rohstoffpreisen? Oder droht die Gefahr an ganz anderer Stelle?“ (Handelsblatt- Kommentar vom 19 Januar 2010)

Wie nötig es ist, das Ausmaß der Spekulation einzudämmen zeigen die Berechnungen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO). Das Volumen der globalen Finanztransaktionen ist 73,5 Mal höher als das Welt-Bruttoinlandsprodukt. In Deutschland, USA und Großbritannien ist der Umfang des Börsenhandels 100 Mal höher als die Unternehmensinvestitionen, und das Handelsvolumen von Wertpapieren ist sogar mehrere hundert Mal größer als die gesamten Investitionen.

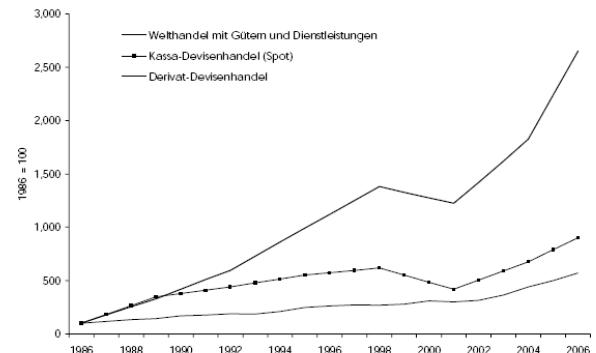
**Brutto-Investitionen und Transaktionen mit Zinsinstrumenten in Deutschland**



Quelle: WIFO

Auch zur Abwicklung internationalen Handels und zur Absicherung gegen Wechselkursrisiken brauchen die Unternehmen keine gigantische Währungsspekulation. Das Volumen des Derivatehandels ist viel zu groß, als das man es noch mit Kursabsicherungen begründen könnte.

**Welthandel und Devisenhandel**



Quelle: WIFO

Eine generelle Steuer auf alle Transaktionen an den Finanzmärkten würde den kurzfristig spekulativen



Handel stark verteuern. Langfristige Anlagen und Kurssicherungsgeschäfte würden dagegen kaum belastet; denn die FTS belastet um so mehr, je höher der eingesetzte Kredithebel ist und je häufiger der Händler die Position wechselt.

„Bei einem Steuersatz von 0,01 Prozent würden diejenigen, die mit einem Wertpapier hundertmal am Tag handeln, am Ende eines Jahres (mit 240 Börsentagen) bei einem Satz von 240 Prozent landen. Wer aber seine Papiere fünf Jahre behält, wird – umgerechnet aufs Jahr – nur 0,002 Prozent zahlen.“

Der computergestützte Handel, der auf der Grundlage einprogrammierter Regeln ein und dasselbe Wertpapier mehrere hundert Mal am Tag kauft und verkauft, würde hinfällig.“ (Sony Kapoor in Süddeutsche Zeitung, 23.9.2009)

**Bankenabgabe, Verbot des Eigenhandels und Größenschanke: die Projekte von Präsident Obama**

In den USA tut sich derzeit einiges. US-Präsident Obama widersetzt sich dem Bankenkapitalismus. Er will die Banken auf mehreren Wegen an den Kosten der Krise beteiligen. Sein bestes Vorhaben ist, den Eigenhandel der Banken zu verbieten. Während die Banken früher nur Derivate vermittelten, sind die Investmentbanken inzwischen selbst dick in das Spekulationsgeschäft eingestiegen und machen einen Großteil ihrer Gewinne im Eigenhandel. Wenn die Zockerei schief geht, muss – wie geschehen - der Steuerzahler einspringen. Weitgehende Einschränkung des Eigenhandels ist ein wirklicher Schlag gegen die Spekulation – wenn Obama ihn wirklich umsetzen kann.

Auch Obamas zweiter Vorschlag, eine Obergrenze für die Größe von Banken einzuziehen, kann sinnvoll sein, wenn eine solche Grenze so ausgestaltet ist, dass sie nicht die Größe einer Bank an sich bestraft, sondern vor allem die Anhäufung riskanter Geschäfte.

Sein drittes Projekt ist, in den USA keine Finanztransaktionssteuer, sondern eine Bankenabgabe einzuführen. Die Banken zetern und fortschrittliche Menschen jubeln. Doch was ist dran an der Bankenabgabe? Natürlich ist es gut, wenn die Banken von den schon wieder sprudelnden Supergewinnen etwas an den Staat abgeben müssen.

Aber Obamas Vorschlag ist unzureichend. Eine Abgabe ist im Unterschied zur FTS nicht in der Lage, die Spekulation dauerhaft einzudämmen; denn sie setzt nicht an den einzelnen giftigen Finanzmarktgeschäften an, verteuert diese nicht und macht sie dadurch nicht langfristig unattraktiver.

Diesen Mangel hat die Bankenabgabe mit der Londoner Bonisteuer gemein. *Das Problem sind nicht nur die hohen Gewinne und „die hohen Gehälter, sondern der Umstand, dass sie überhaupt verdient werden können. Obamas Steuer setzt also wieder zu spät ein, an den bereits erzielten Einnahmen.“*

*(Kommentar der Financial Times vom 18. Januar 2010)*

Leider zeichnet sich zur Zeit ein Maßnahmenmix ab, bei dem jede Regierung – wenn sie überhaupt handelt – ihren eigenen Weg geht und viele Synergieeffekte verloren gehen können.

**Die Regierungen sollten die historische Gelegenheit, der Spekulation Zügel anzulegen nutzen. Ein Grund mehr, noch einmal alle Kräfte für eine FTS zu mobilisieren, an der sich möglichst viele EU-Staaten beteiligen sollten.**

**Wie hoch sollte der Steuersatz sein?**

James Tobin schlug für seine Devisentransaktionssteuer einen Satz von 0,5 Prozent vor. Auch die britische „Stamp Duty“, eine Steuer auf alle nationalen Aktienumsätze beträgt 5 Prozent und hat dem Börsengeschehen auf der Insel bekanntlich keinen Schaden zugefügt.

Aktuell liegen Berechnungen des WIFO mit Steuersätzen von 0,1 Prozent, 0,05 Prozent und 0,01 Prozent vor. Tatsächlich könnte der Steuersatz gegenüber Tobins Vorschlag etwas gesenkt werden, weil die Bemessungsgrundlage der FTS viel breiter wäre und daher höhere Einnahmen entstehen.

Wenn sich mehrere Länder beteiligen, muss der Steuersatz sowieso gemeinsam ausgehandelt werden. Sehr sinnvoll ist der Vorschlag von Professor Spahn, eine mehrstufige Steuer einzuführen. Sie könnte im Normalfall von 0,1 Prozent bis 0,5 Prozent reichen. Im Falle von besonderen Spekulationswellen oder bei Überschreiten eines bestimmten Wechselkurskorridors könnte die Steuer situationsbedingt stark angehoben werden.

**Wie hoch sind die Einnahmen aus der FTS?**

Die FTS hat als erstes Ziel, den Umfang der spekulativen Geschäfte zu senken. Je erfolgreicher sie dabei ist, desto geringer wird – bei gleichem Steuersatz – das Aufkommen aus der FTS ausfallen.

Die Berechnungen des WIFO-Instituts ergeben für Deutschland und die Welt die folgenden Steuereinnahmen.

**Geschätzte Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer in der Weltwirtschaft (in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts)**

	Steuersatz		
	0,1%	0,05%	0,01%
Welt	1,688	1,205	0,527
Europa	2,257	1,630	0,724
Deutschland	1,609	1,137	0,491

Für Deutschland beliefen sich die Erträge auf Basis der Transaktionsdaten für 2007 bei einem Steuersatz von 0,1 Prozent auf 1,61 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und bei einem Steuersatz von 0,01 Prozent auf 0,49 Prozent. Der größte Teil der Erträge käme

von der Derivatbörse Eurex, der Handel mit „echten“ Aktien beziehungsweise Anleihen würde nicht nur in Deutschland, sondern generell kaum belastet. Selbst bei einem relativ geringen Steuersatz von nur 0,05 Prozent würde die FTS dem deutschen Fiskus also Einnahmen in Höhe von 1,61 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bescheren. Das wären im Jahr 2009 27 Milliarden Euro gewesen! Mehr als die Hälfte des gesamten Konjunkturpakets II hätten damit finanziert werden können.

Weltweit eingeführt, brächte die Steuer Einnahmen in Höhe von 1,2 Prozent des Welt-Bruttoinlandsprodukts.

### **Wofür sollte die FTS genutzt werden?**

Eine FTS hat als zweites wesentliches Ziel, die Finanzmarktakteure an den Kosten der von ihnen produzierten Krise zu beteiligen. Die Einnahmen aus der FTS fallen in erster Instanz dem Staat zu, in dessen Handelssystem der Umsatz getätigt wurde. Da die Finanzmärkte auf wenige Länder konzentriert sind, würde die Masse der Einnahmen in den USA, Großbritannien, Deutschland und der Schweiz entstehen. Die Regierungen dieser Länder würden die Einnahmen zuerst verwenden wollen, um die Bankenrettungskosten hereinzuholen. Sind diese abgedeckt, sollte ein bestimmter Anteil der FTS- Einnahmen gezielt für soziale Zwecke ausgegeben werden. Ein weiterer Teil der Einnahmen sollte auf jeden Fall in einen internationalen Fonds fließen und vorrangig für die Armutsbekämpfung verwendet werden - so wie Tobin es seinerzeit gewollt hat.

### **FTS ist technisch umsetzbar!**

Die FTS sollte auf alle Transaktionen an Börsen und organisierten Handelsplattformen sowie auf außerbörsliche Transaktionen (sogenannte OTC- Geschäfte) erhoben werden. Technisch ist das einfach, da alle Transaktionen an den Börsen und im OTC- Handel über elektronische Systeme durchgeführt werden. Bei jedem Geschäft könnte die Steuer dem Verkäufer und dem Käufer je zur Hälfte abgezogen und an die zuständige Steuerstelle transferiert werden. Selbst wenn man mit den an Börsen gehandelten Finanzprodukten beginnen würde, wäre das schon ein großer Schritt; denn das Volumen der an Börsen gehandelten Derivate ist fast doppelt so hoch wie das Volumen der außerbörslichen Transaktionen.

### **Die FTS muss nicht global eingeführt werden!**

Die Studie des WIFO belegt, dass die FTS keineswegs nur global eingeführt werden kann. Wenn, wie es sich abzeichnet, die USA mit einer Bankenabgabe einen anderen Weg gehen wird, so kann die EU die FTS auch allein einführen. Die österreichischen Wirtschaftsforscher sagen, dass es schon hinreicht, wenn nur Deutschland und Großbritannien die FTS einführen; denn 99 Prozent der Börsentransaktionen in der EU werden in diesen beiden Ländern durchgeführt. Diese hohe Konzentration auf die perfekt ausgestatteten Finanzplätze London und Frankfurt ist auch der

Grund, warum keine erhebliche Abwanderung des Handels aufgrund einer FTS zu erwarten ist.

## **Impressum**

### **Wirtschaftspolitische Informationen**

01/2010

28. Januar 2010

#### **Autorin:**

Dr. Margit Köppen

#### **Vertrieb:**

Sarah Menacher

#### **Bezugsmöglichkeiten:**

IG Metall Vorstand

Wirtschaft, Technologie, Umwelt

D-60519 Frankfurt am Main

Telefon: +49 (69) 6693 2091

Fax: +49 (69) 6693 80 2091

Mail: [wi@igmetall.de](mailto:wi@igmetall.de)

online: [www.igmetall.de/download](http://www.igmetall.de/download)

Abonnement der wirtschaftspolitischen Publikationen  
per mail an : [sarah.menacher@igmetall.de](mailto:sarah.menacher@igmetall.de)